

Prototyp Haiti - Verschuldungspolitik als Weiterführung kolonialer Ausbeutungspraktiken



1804 war es soweit: Nach mehr als einem Jahrzehnt blutigster Befreiungskämpfe erlangte die damals profitabelste Kolonie Frankreichs als Haiti seine Unabhängigkeit. Der Preis für diese Freiheit war hoch: Etwa die Hälfte der ungefähr 500.000 Schwarzen* Menschen, wovon der größte Teil ehemalige Versklavte waren, war tot. Napoleons Armee, die zu jener Zeit gerade ein Land nach dem anderen in Europa besiegte, musste sich geschlagen geben. Der größte Produzent des ersten globalen Massenkonsumguts – Zucker, der der Kolonialmacht unermesslichen Reichtum bescherte, fiel weg. Heute ist der Beginn der Haitianischen Revolution, der 23. August 1791, ein internationaler Gedenktag.

Ein Exempel statuieren

Anders als bei den beiden etwa zur selben Zeit stattfindenden Revolutionen – der Amerikanischen und Französischen – barg die Haitianische Revolution zumindest die Chance in sich, mit einer ökonomischen Wachstumslogik zu brechen, die damals entstand und die in bis dahin nie gekanntem Maße soziale und ökologische Kosten auslagerte. Leider werden wir nie erfahren, ob sich im unabhängigen Haiti am Ende die Kräfte, die auf nationale Selbstgenügsamkeit setzten, oder diejenigen, die als neue politische Elite mit der Plantagenwirtschaft einfach unter veränderten Vorzeichen wie bisher weitermachen wollten, durchgesetzt hätten. Der Grund hierfür: Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich sowie die Kolonial- und Imperialmächte im Allgemeinen, die allesamt von Versklavungsökonomien profitierten, wussten es von Beginn an zu verhindern, dass das Beispiel einer erfolgreichen Revolution von Versklavten afrikanischer

Herkunft in den Plantagensellschaften des amerikanischen Kontinents Schule machte. So zerstritten diese Kolonialisten ansonsten untereinander waren, so sehr herrschte hier Einigkeit: Fiele das Wachstumsmodell Plantagenwirtschaft mit Schwarzer Versklavtenarbeit weg, fiel die zentrale Wirtschaftsgrundlage jener Zeit weg. Daher wurde der junge Staat Haiti mit einem Embargo belegt und isoliert. Zucker und andere Agrarerzeugnisse wie Kaffee wurden nun verstärkt woanders angebaut, um die ökonomischen Verluste auszugleichen. Nicht wenige weiße Pflanzer verließen Haiti, um etwa auf Cuba weitermachen zu können wie bisher.

„Entwicklungshilfe“ für Frankreich

Was aber Haiti endgültig den Todesstoß versetzte, war die 1825 durch Frankreich erhobene Forderung nach Entschädigungszahlungen für den Verlust der Kolonie einschließlich des „menschlichen Besitzes“. Dem jungen Staat wurde eine Schuldenlast von 150 Millionen Goldfrancs auferlegt – ein Betrag, der das 300-fache des haitianischen Staatshaushalts betrug. Je nach Quelle wurde diese Summe zwar offiziell reduziert, aber in den meisten Fällen ist davon zu lesen, dass Haiti diese „Schulden“ erst 125 Jahre später – um das Jahr 1950 – beglichen hatte. Ironischerweise musste Haiti bei französischen Banken Kredite aufnehmen, um die als Schulden bezeichnete „Entwicklungshilfe“ für Frankreich einschließlich der anfallenden Zinsen begleichen zu können. Übrigens hielten sich französische Kriegsschiffe für den Fall bereit, dass Haiti Frankreichs Forderungen nicht akzeptieren sollte. Es hieß also: Retten, was zu retten ist, oder erneut Krieg mit Frankreich. Haiti wurde eine selbstbestimmte Zukunft jenseits bestehender Wirtschaftssysteme im Atlantik unmöglich gemacht. Frankreichs Politik trug dazu bei, dass sich die haitianischen Kräfte, die den arbeitsintensiven Anbau von Zuckerrohr und anderen Agrarerzeugnissen fortführen wollten, endgültig durchsetzen konnten. Denn um seine „Schulden“ begleichen zu können, musste der Inselstaat wie auch schon in kolonialen Zeiten seine Rohstoffe auf den Weltmarkt werfen, darunter auch das Holz der Urwälder, von denen in der Folge 90 Prozent verschwanden – mit katastrophalen ökologischen Folgen bis in die Gegenwart.

Schulden als Stabilisator gewachsener Strukturen

Das Frankreich-Haiti-Modell sollte weltweit Schule machen: Auch in Teilen Süd- und Mittelamerikas, Afrikas oder Asiens sorgen Schulden und die damit verbundenen Zinsen dafür, dass die kolonialen Rollenzuschreibungen

weiterbestehen. Der sogenannte Globale Süden* wirft weiterhin Rohstoffe billig auf den Weltmarkt, Grundlage für ein auf struktureller Ungleichheit basierendes Wirtschaftssystem, das ohne Wachstum sofort in sich zusammenbrechen würde. Was damals verbunden war mit der Ausweitung des Konsums von Zucker, Kaffee und Co., ist heute verbunden mit der Aufrechterhaltung der Nachfrage nach weiteren Rohstoffen aus den ehemaligen Kolonien wie beispielsweise Coltan (für Kommunikationstechnologie wie etwa Smartphones) oder Lithium (etwa für Batterien für E-Autos).

Echte Solidarität als Investition

Wer heute Haitis Probleme als allein hausgemacht ansieht, erklärt Geschichte von ihrem Ende her – was nie ratsam ist. Nebenbei wird dadurch – ob bewusst oder unbewusst – Rassismus reproduziert. Dasselbe gilt für viele andere Regionen der Welt, denen wir vorschnell unterstellen, sie könnten sich nicht aus eigener Kraft „entwickeln“. Abgesehen davon, dass der „westliche“ Entwicklungsbegriff ein problematischer ist, der wie beschrieben soziale und ökologische Kosten ausblendet, ist vielmehr richtig: Hätte Haitis erfolgreiche Revolution Schule gemacht, dann wäre das transatlantische System Geschichte gewesen, bevor es dazu in der Lage gewesen war, den Rest der Welt in sein expansives Wirtschaftssystem hineinzuzwingen.

Vor diesem Hintergrund bleibt zu beobachten, welche Politik Weltgegenden, die sich von den ehemaligen Kolonisatoren und Imperialisten lossag(t)en, verfolgen. Ist diese dazu geeignet, koloniale Rollenzuschreibungen beziehungsweise Logiken aufzubrechen oder dient sie nur dazu, neuen Eliten – oder auch ganzen Staaten – unter Beibehaltung der bisherigen Wirtschaftsstruktur zu Reichtum zu verhelfen? Ebenfalls zu beobachten bleibt, ob der Globale Norden seine Schuldenpolitik gegenüber dem Globalen Süden über kosmetische Maßnahmen hinausgehend reformiert und generell unfaire Praktiken im Bereich globaler Wirtschafts- und Finanzpolitik überdenkt. Tut er das nicht, erodiert seine Glaubwürdigkeit weiter. Das würde auch und gerade neuen Global Players in die Hände spielen, die nicht immer hehrere Ziele als der Globale Norden haben müssen, aber im Gegensatz zu ihm jedoch kein Vorstrafenregister im Globalen Süden haben.

Das begrüßenswerte Engagement von Teilen der Gesellschaft verschiedener Ländern des Globalen Nordens, das erfreulicherweise auch unsere Politik immer wieder positiv beeinflusst, kann auf Dauer nicht allein den fortschreitenden Glaubwürdigkeitsverlust, mit dem die

ehemaligen Kolonial- und Imperialmächte konfrontiert sind, aufhalten. Gesellschaftlichen Kräften, die etwa bei Lieferkettengesetzen blockieren oder einer weiteren Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik zustimmen, sei gesagt: Der Versuch der Bestandwahrung läuft in einer Welt der sich verlagernden Kräfte paradoxerweise unweigerlich auf einen zunehmenden Bestandsverlust hinaus. Daher wäre das – wenn auch verspätete – Teilen beziehungsweise Zurückgeben mehr als eine moralische Notwendigkeit. Es wäre eine Investition in die eigene Zukunft.

Serge Palasie, Juni 2024, inhaltl. allein verantwortlich)

Der Beitrag entstand im Kontext des Aktionstags „25 Jahre Kölner Kette - 25 Jahre Einsatz für faire Entschuldung“ am 18.6.2024, wo der Autor einen Redebeitrag hatte. Mehr: <https://erlassjahr.de>

*Zur Schreibweise „Schwarz“ / „weiß“ in Bezug auf konstruierte Hautfarben: Um den konstruierten Charakter hervorzuheben, wird Schwarz verbreitet groß, weiß klein und kursiv geschrieben.

*„Globaler Norden“ und „Süden“ sind Behelfsbegriffe, die „Entwicklungs“- und Industriestaaten ersetzen. Auch für diese Behelfsbegriffe gilt, dass sie die kolonialhistorischen Zusammenhänge der Entstehung beider Länderkategorien unberücksichtigt lassen.

Bildgestaltung (Seite 1): Serge Palasie